

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Schulausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 28.01.2009
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:35 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verw. gebäude II

Anwesend:

Vorsitzende
Meyer, Elfriede

SPD-Fraktion

Bamminger, Berendine
Bornemann, Bernd
Mecklenburg, Rico (bis 18.45 Uhr)
Meinen, Regina
Swieter, Benjamin (bis 19.05 Uhr)

CDU-Fraktion

Odinga, Hinrich für Reinhard Hegewald (bis 18.47 Uhr)
Verlee, Carmen (bis 19.25 Uhr)

FDP-Fraktion

Ammersken, Heino (bis 18.58 Uhr)
Bolinus, Rolf

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Renken, Bernd

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat

Koziolk, Stephan-Gerhard

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Brandt, Birka
Buisker, Herbert
Hertel, Thomas
Lorenz, Gerhard für Josef Kaufhold

von der Verwaltung

Sprengelmeyer, Thomas
Buß, Thomas

Protokollführung

Jetses, Karin

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Schulausschusses

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau E. Meyer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 02.09.2008

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 02.09.2008 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 25.09.2008

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 25.09.2008 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Genehmigung der Niederschrift Nr. 11 über die -gemeinsame- öffentliche Sitzung des Schulausschusses und des Sportausschusses (Nr. 5) am 17.11.2008

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 11 über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Schulausschusses und des Sportausschusses (Nr. 5) am 17.11.2008 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Schulausschusses

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 7 Einrichtung einer Bezirksfachklasse Berufskraftfahrer/-fahrerinnen zum 01.08.2009 an den Berufsbildenden Schulen I.
Vorlage: 15/0997

Herr Buß erklärt, es sei der Antrag der BBS I zur Einrichtung einer Berufsschulklasse für Berufskraftfahrer zum 01.08.2009 eingegangen. Dieses Berufsbild sei relativ neu und es gäbe in diesem Ausbildungsberuf eine Beschulung im hiesigen Bereich nur in Oldenburg und Meppen. Diese Berufsausbildung sei zukünftig Voraussetzung, um den Beruf ausüben zu können. Auch die bisherigen Kraftfahrer – sowohl die klassischen LKW-Fahrer als auch die Busfahrer – benötigten zukünftig eine Nachqualifizierung, um ihren Beruf weiterhin ausüben zu können.

Im Vorfeld habe es eine Untersuchung des Fraunhofer Instituts gegeben. Dort sei festgestellt worden, dass ein sehr großer Bedarf an diesem Ausbildungsberuf im Nordwesten bestehen würde. Daraufhin habe es Gespräche mit der BBS, der IHK und dem Gesamtverband Güterverkehr gegeben. Aufgrund des festgestellten Ausbildungsbedarfs und des absehbaren Arbeitskräftemangels in diesem Bereich sei man zu der Überzeugung gekommen, dieses Berufsbild auch an der BBS I in Emden anzubieten, da diese Ausbildung größtenteils kaufmännische Kenntnisse und sonstige theoretische Kenntnisse vermitteln würde. Die praktischen Kenntnisse würden in Kooperation mit der BBS II vermittelt. Die Ausbildung dauere drei Jahre. Daneben müssten die Auszubildenden auch den entsprechenden LKW-Führerschein erwerben. Die IHK habe am 19.01.2009 eine Informationsveranstaltung mit potentiellen Ausbildungsbetrieben aus dieser Region durchgeführt. Dort seien spontan ca. 20 Einstellungszusagen eingegangen. Somit könne eine Berufsschulklasse gut gefüllt werden. Weiterhin sei nicht absehbar, dass diese Einrichtung mit größeren Investitionen verbunden sei.

Herr Boomgaarden ergänzt, auch das Lehrerteam für die Beschulung sei vorhanden, sodass man davon ausgehen könne, mit 20 Schülerinnen und Schülern gut starten zu können. Jedoch müsse man sich die Frage stellen, ob es genug Bewerbungen für diese Ausbildungsplätze geben würde. Die Betriebe würden erst jetzt in das Bewerbungsverfahren einsteigen können, da sie zunächst abwarten wollten, ob eine Beschulung tatsächlich in Emden stattfinden würde.

Herr Bornemann erklärt, es erscheine ihm sehr sinnvoll, eine solche Berufsschulklasse in Emden einzurichten. Von daher werde seine Fraktion zustimmen.

Herr R. Bolinius bemerkt, auch die FDP-Fraktion begrüße die Einrichtung einer solchen Klasse und fragt an, ab welchem Alter der LKW-Führerschein gemacht werden dürfe.

Herr Boomgaarden entgegnet, im Gegensatz zu früher dürfe man heute mit 18 Jahren den LKW-Führerschein machen, sodass in der Tat Haupt- und Realschüler mit 16 oder 17 Jahren gesucht würden, die dann die Ausbildung und den Führerschein machen würden.

Herr Renken erklärt, das Thema Überalterung sei in den letzten Jahren vielfach diskutiert worden. Er bittet um Auskunft, wie denn die Form der Nachqualifizierung aussehen werde. Auch fragt er an, ob bereits zustimmende Beschlüsse aus den Landkreisen Aurich, Wittmund und Leer vorliegen würden.

Herr Boomgaarden bemerkt, eine Nachqualifizierung würde von den Fahrschulen durchgeführt werden.

Herr Odinga betont, seine Fraktion begrüße es, dass dieser Berufszweig angeboten werde.

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Schulausschusses

Herr Buß führt aus, die Beschulung in Emden sei mit den umliegenden Landkreisen noch nicht abgestimmt. Dieses werde aber kurzfristig nachgeholt werden.

Herr Koziolk teilt mit, auch seine Fraktion begrüße diese Vorlage. Er erkundigt sich nach der Anzahl der Schülerinnen und Schüler.

Herr Boomgaarden erklärt, den Ausbildungsbetrieben sei mitgeteilt worden, dass gestartet werden könne, sobald 14 Ausbildungsplätze vorhanden seien. Das Interesse der Betriebe an dieser Ausbildung sei sehr stark.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die Einrichtung einer Bezirksfachklasse Berufskraftfahrer/-fahrerinnen an den Berufsbildenden Schulen I zum 01.08.2009.
Die Genehmigung nach § 106 Abs. 6 Nds. Schulgesetz ist bei der Landes-schulbehörde zu beantragen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 8 Einrichtung neuer Schulformen an den Berufsbildenden Schulen I zum 01.08.2009
Vorlage: 15/0998

Die Tagesordnungspunkte 8 und 9 werden gemeinsam beraten.

Herr Buß erklärt, die beiden Leiter der Berufsbildenden Schulen I und II, Herr Boomgaarden und Herr Boese, würden die Einrichtung der neuen Schulformen ausführlich darstellen und die Auswirkungen der Änderung der Verordnung über die Berufsbildenden Schulen auf ihre jeweilige Schule kurz erläutern.

Er weist darauf hin, dass durch das Gesetz zur Reform der beruflichen Bildung die Verpflichtung zur Anrechnung eines Berufsgrundbildungsjahres oder einer Berufsfachschule auf die Dauer einer anschließenden dualen Ausbildung aufgehoben worden sei. Daher sei auch eine Verpflichtung von Auszubildenden zum Besuch eines BGJ auf Dauer nicht aufrecht zu erhalten. Das habe in der Folge dazu geführt, dass das BGJ als Schulform aufgehoben worden sei. Zukünftig könne der Besuch von Berufsfachschulen mit entsprechenden berufsbezogenen Schwerpunkten auf die Ausbildungsdauer auf freiwilliger Basis angerechnet werden.

Herr Boese erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation die Neuordnung der beruflichen Bildung in der neuen BbS-VO. Diese Präsentation ist im Internet im Ratsinformationssystem unter www.emden.de einsehbar.

Frau E. Meyer bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Buisker führt aus, so wie er es verstanden habe, würde bei sehr vielen Berufen das erste Ausbildungsjahr wieder im Betrieb stattfinden, weil es die Verpflichtung des BGJ nicht mehr gäbe. Seiner Ansicht nach würde dieses bedeuten, dass dann viel weniger Schüler an der Berufsschule in diesen Bereichen unterrichtet würden. Weiterhin werde es geringere Möglichkeiten für Auszubildende geben, da nicht nur zwei Jahre, sondern teilweise drei Jahre dieser Ausbildungsplatz belegt sei. Dadurch stünden weniger Ausbildungsplätze zur Verfügung. Dieses habe eine dramatische Auswirkung und er stelle sich die Frage, warum man dieses gemacht habe.

Herr Boese entgegnet, das seien im Grunde genommen Bestrebungen gewesen, die auf Bundesebene seit vielen Jahren gelaufen seien. Man habe die Anrechnung dieser Schulform sei-

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Schulausschusses

tens der Wirtschaft nicht mehr verpflichtend haben wollen. Nachdem die Bundesausbildungsverordnung bereits vor vier oder fünf Jahren ausgelaufen sei, habe Niedersachsen zwar noch eine landeseinheitliche Verordnung geschaffen, konnte diese aber nicht mehr aufrecht erhalten.

Weiter erklärt er, die Berufsschulen hätten in den letzten Jahren viele Gespräche mit den Kammern und auch den Innungen geführt. Dabei hätte man eine klare Signalwirkung bekommen, da in vielen Bereichen erkannt worden sei, dass das erste Ausbildungsjahr im Betrieb aus vielen Gründen keine glückliche Lösung sei. Es werde durchaus empfohlen, die Berufsfachschule anzukennen. Aufgrund dessen lasse sich in dieser Situation auch sehr schlecht planen.

Herr Bornemann stellt fest, dieses sei ein ziemlich gravierender Einschnitt. Seiner Meinung nach müsse man die Einrichtung dieser Schulform so vornehmen und dann abwarten, wie sich die Zahlen entwickeln und wie die Auswirkungen auf die Schulen aussehen würden.

Herr Boese bemerkt, wenn es jetzt so wäre, dass die Auszubildenden drei Jahre im Betrieb seien, hätte man ein echtes Ausbildungsplatzproblem. Denn die Stellen würden sich dann nicht mehr in zwei Jahre, sondern in drei Jahre aufteilen.

Herr Boomgaarden erklärt, die Rahmenbedingungen der BBS II würden auch für die BBS I gelten. Er geht anschließend auf die spezifische Situation des Berufsfeldes I ein und erläutert einige Besonderheiten. Die Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Brandt erkundigt sich, inwieweit im Wirtschaftsbereich die Sprachen berücksichtigt worden seien.

Herr Boomgaarden antwortet, die Studentafel sehe vor, dass in allen Berufsfachschulen die allgemeinbildenden Fächer vorhanden seien. Alle Schüler hätten in der Grundstufe zumindest zwei Stunden Englisch pro Woche. Zurzeit werde überlegt, ob in ausgewählten Klassen zusätzlich Spanisch als Wahlpflichtkursus angeboten werden könne.

Herr Koziolk erklärt, er persönlich bedauere sehr, dass es das BGJ als Pflichtjahr nicht mehr geben würde. Besonders im Handwerk seien hier qualitative Grundlagen sehr gut vermittelt worden. Er fragt an, inwieweit der Qualitätsstandard vom BGJ in der Berufsfachschule wieder zu finden sei.

Herr Boese entgegnet, dieser werde zumindest gleichwertig sein. Dennoch versuche man, eine Qualitätssteigerung zu bekommen.

Herr Hertel weist darauf hin, dass die Schüler im BGJ die Möglichkeiten gehabt hätten, an Drehmaschinen und Fräsmaschinen arbeiten zu können. Das werde oft in den Firmen nicht angeboten.

Her Odinga erkundigt sich nach den finanziellen Auswirkungen.

Herr Boomgaarden erklärt, er erwarte keine finanziellen Auswirkungen, da im Grunde genommen von der gleichen Schülerzahl auszugehen sei.

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Schulausschusses

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden beschließt die Einrichtung folgender Schulformen zum 01.08.2009 an den Berufsbildenden Schulen I aufgrund der Neufassung der Verordnung über Berufsbildende Schulen (BbS-VO):

1. Berufseinstiegsklasse (BEK) mit der Fachrichtung Wirtschaft
Die inhaltlichen Schwerpunkte im Rahmen des berufsqualifizierenden Unterrichts ermöglichen die Orientierung auf konkrete Ausbildungsberufe im kaufmännischen Bereich.
2. Einjährige Berufsfachschule Wirtschaft (BFS).
Es ist eine Differenzierung nach der Vorbildung der Schülerinnen und Schüler vorgesehen:
 - a) Einjährige Berufsfachschule Wirtschaft für Realschulabsolventinnen und Realschulabsolventen (Höhere Handelsschule) mit der Möglichkeit zum Erwerb des Erweiterten Sekundarabschlusses I
 - b) Einjährige Berufsfachschule Wirtschaft für Hauptschulabsolventinnen und Hauptschulabsolventen mit der Möglichkeit zum Übergang in die Klasse 2 der zweijährigen Berufsfachschule Wirtschaft und dem Erwerb des Realschulabschlusses bzw. des Erweiterten Sekundarabschlusses I.

Ergebnis: einstimmig

TOP 9 Einrichtung neuer Schulformen an den Berufsbildenden Schulen II zum 01.08.2009
Vorlage: 15/0999

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden beschließt die Einrichtung folgender Schulformen zum 01.08.2009 an den Berufsbildenden Schulen II aufgrund der Neufassung der Verordnung über Berufsbildende Schulen (BbS-VO):

1. Berufseinstiegsklasse (BEK) mit den Fachrichtungen
 - a) Bautechnik
 - b) Hauswirtschaft und Pflege
 - c) Holztechnik
 - d) Körperpflege
 - e) Lebensmittelhandwerk und Gastronomie
 - f) Metalltechnik

In den Fachrichtungen ist eine auf geeignete Ausbildungsberufe bezogene Schwerpunktbildung geplant.

2. Einjährige Berufsfachschule (BFS) mit den Fachrichtungen
 - a) Bautechnik
 - b) Elektrotechnik
 - c) Fahrzeugtechnik
 - d) Gastronomie
 - e) Hauswirtschaft
 - f) Holztechnik
 - g) Körperpflege
 - h) Metalltechnik

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Schulausschusses

In den Fachrichtungen sind berufsbezogene Schwerpunkte nach Erfordernissen und Schülerzahlen geplant.

3. Zweijährige Berufsfachschule (BFS) Fachrichtung Ernährung und Hauswirtschaft

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 10 Elternbefragung zur Errichtung einer Integrierten Gesamtschule in Emden
Vorlage: 15/0992

Herr Sprengelmeyer erklärt, die Ergebnisse der Elternbefragung seien bereits aufgrund des allgemeinen großen Interesses öffentlich vorgestellt worden. Zunächst möchte er sich an dieser Stelle ausdrücklich beim Förderverein bedanken, der im Rahmen von Informationsveranstaltungen die Stadt Emden unterstützt und somit dazu beitragen habe, dass eine Rücklaufquote von 67,05 % erreicht worden sei.

Die Verwaltung habe zu dem weiteren Vorgehen eine Zeitleiste aufgelegt, die sie anschließend vorstellen werde. Diese Zeitleiste sei so aufgebaut, dass die Inbetriebnahme einer IGS unter gewissen Voraussetzungen zum Schuljahr 2010/2011 erfolgen könne. Ein Gesamtpaket mit den Vorschlägen der Verwaltung werde in der nächsten Schulausschuss-Sitzung am 10.02.2009 präsentiert werden, wobei auch sehr dezidiert die Auswirkungen dargestellt würden.

Herr Buß berichtet, 60,5 % der Erziehungsberechtigten hätten sich im Durchschnitt für die Errichtung einer IGS ausgesprochen. Seiner Meinung nach sei dieses eine vernünftige Grundlage, auf die sich aufbauen lasse. Bezüglich der Prognose der Einschulungszahlen der IGS müsse langfristig geplant und dieses auch im Antrag dargelegt werden. An diesen Zahlen werde deutlich, dass gerade von den Eltern der jüngeren Kinder die Einrichtung einer IGS befürwortet werde. Somit wäre auf jeden Fall auch eine Fünfzügigkeit gewährleistet.

Herr Buß geht noch einmal kurz darauf ein, dass nur relativ wenig ungültige Fragebögen zurückgekommen seien. Diese geringe Zahl von ca. 5,3 % beeinflusse nicht das Gesamtergebnis. Abschließend stellt er fest, es habe sich deutlich gezeigt, dass die Eltern für die Errichtung einer IGS in Emden gestimmt hätten. Bevor er auf das weitere Verfahren eingehe, bitte er um eventuelle Fragen.

Frau Brandt erkundigt sich, wie die Antworten ausgefallen seien bezüglich des dreigliedrigen Systems.

Herr Buß entgegnet, diese Aufteilung habe die Verwaltung nicht mehr ausgewertet, da insbesondere die Eltern der Kindergartenkinder sich unsicher gewesen seien, welche Schulform ihr Kind besuchen sollte und dieses mit kleinen Kommentaren versehen hätten. Trotzdem habe man diese Fragebögen als gültig gewertet, weil eine eindeutige Meinungsäußerung zugunsten des dreigliedrigen Schulsystems vorgelegen habe.

Herr Odinga bemerkt, nach seiner Ansicht sei der Abgabetermin noch einmal verlängert worden. Er fragt an, wie viele Fragebögen am 18.12.08 vorgelegen hätten.

Herr Buß erklärt, eine ausdrückliche Verlängerung der Abgabefrist habe es nicht gegeben. Die Fragebögen seien durch einen Boten am 19.12.08 eingesammelt worden, sodass zu diesem

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Schulausschusses

Zeitpunkt ca. 99 % der Bögen vorlagen. Auf dem Postwege seien dann noch einige Fragebögen eingegangen.

Herr Buisker stellt fest, es sei ganz interessant, dass eine der Grundschule eine IGS ablehne, während die Förderschule zu 100 % die Einrichtung einer solchen Schule begrüße. Er fragt an, welche Rolle das letztendlich spiele und ob der Elternwille gesamt über Emden gesehen werde.

Herr Buß führt aus, für die Befragung sei letztendlich nur relevant, ob die Zahl für eine durchgängige Fünfüzigkeit erreicht werde.

Herr Mecklenburg stellt fest, in der Öffentlichkeit sei die Forderung vom Förderverein aufgetaucht, eine sechszügige Gesamtschule einzurichten. Seiner Meinung nach müsse man sich darüber Gedanken machen, was diejenigen möchten, die den Fragebogen nicht zurückgegeben hätten. Auch habe er gehört, dass einige ausländische Mitbürger teilweise mit der Befragung überfordert gewesen seien. Er wirft die Frage auf, wie die Verwaltung die Möglichkeit der Einrichtung einer sechszügigen IGS sehen würde.

Herr Sprengelmeyer teilt mit, die Vorschläge der Verwaltung würden in einer zusätzlichen Schulausschuss-Sitzung am 10.02.2009 erstmalig veröffentlicht werden. Aus diesem Grunde werde er jetzt keine Stellungnahme zu einer evtl. Sechszügigkeit abgeben.

Herr Buß ergänzt, die Elterninformationen und die Fragebögen seien sowohl in türkisch, russisch und serbokroatisch herausgegeben worden. Ein Teil dieser Fragebögen sei auch zurückgekommen.

Frau Brandt stellt fest, sehr viele Eltern würden ihre Kinder auf eine höhere Schulform anmelden als empfohlen werde, sodass es auch sehr viele Rückläufe geben würde, die dann vielleicht auch in einer IGS angemeldet werden. Sie fragt an, ob dieses berücksichtigt worden sei. Außerdem erkundigt sie sich, ob die Verwaltung in der nächsten Sitzung lediglich einen Vorschlag einreiche.

Herr Sprengelmeyer betont, die Verwaltung werde mehrere Alternativvorschläge unterbreiten, allerdings mit einer ganz klaren Präferenz für eine Variante.

Herr Renken weist darauf hin, es sei letztendlich eine Entscheidung des Rates gewesen, dass diese Elternbefragung durchgeführt worden sei. Auch würde jetzt ein relativ eindeutiges Ergebnis vorliegen und ein großer Teil der Emdener Eltern in der Gesamtschule offensichtlich die bessere Schule für ihre Kinder bezüglich der Bildungschancen sehen. Auch sei ihm aufgefallen, dass die Zustimmungen für die Gesamtschule relativ hoch seien bei den Eltern von Kindergartenkindern oder Grundschulern in der ersten Klasse. Seiner Meinung nach sei dieses ein erstaunliches Ergebnis und müsste eigentlich auch Niederschlag in der ganzen Konzeption finden. Abschließend stellt er fest, die Befragung zeige auch, dass eine Gesamtschule eine relativ hohe Präferenz in den Stadtteilen habe, die gemeinhin mit einer bildungsnahen Schicht besetzt sei, sodass dieses nicht nur Auswirkungen auf die Hauptschule, sondern auch auf die Gymnasien und die Realschule habe. Nachvollziehen könne er aber nicht, wie die Verwaltung ein Gesamtpaket vorlegen wolle, ohne die mögliche Verteilung auf das dreigliedrige Schulsystem zu kennen.

Herr Buß setzt nunmehr seinen Vortrag fort und erläutert die von der Verwaltung erarbeitete Zeitleiste.

Herr Bornemann erklärt, für die SPD-Fraktion sei das jetzt vorliegende Elternvotum eine Verpflichtung, auch entsprechend zu handeln. Auch er bedankt sich beim Förderverein für die Veranstaltungen mit den sehr guten Informationen.

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Schulausschusses

Über die einzelnen Zahlen bräuchte man seiner Ansicht nach nicht mehr zu debattieren, denn auch bei den ungültigen Stimmen sei mindestens noch ein Teil dafür und ein Teil dagegen. Von daher sei dieses ein sehr überwältigendes Ergebnis, was letztendlich auch dem entsprechen würde, was er erwartet habe. Das bisherige Schulsystem habe so viele Kritikpunkte, sodass viele Eltern für die Zukunft ihrer Kinder in der IGS den chancenreicheren Weg sehen würden.

Hinsichtlich der Zeitschiene begrüßt Herr Bornemann die Schulausschuss-Sitzung am 10.02.2009, sodass in der März Sitzung ein entsprechender Errichtungsbeschluss gefasst werden könne. Die ganze Angelegenheit dürfe nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Herr Ammersken führt aus, seine Fraktion würde es sehr begrüßen, dass nunmehr ein Votum bezüglich des Elternwillens vorliegen würde. Man könne jedoch die Frage aufwerfen, ob dieses Ergebnis anders ausgefallen werde, wenn man die Standortfrage vorab berücksichtigt hätte. Doch er werfe diese Frage nicht auf, da sie an dieser Stelle keinen Sinn mehr mache. Jetzt liege ein Ergebnis vor, welche die Basis für weitere Beratungen sei. Die FDP-Fraktion stehe der Einrichtung einer IGS positiv gegenüber und werde den weiteren Beratungsprozess begleiten.

Herr Sprengelmeyer erklärt zur Schulausschuss-Sitzung am 10.02.2009, die Verwaltung werde ihre Vorschläge dort erst als Tischvorlage unterbreiten, um dann auch direkte Fragen beantworten zu können. In dieser Sitzung könne über die Vorschläge debattiert werden. Ein Beschluss werde dann auch noch nicht benötigt. Die Verwaltung stehe dann für die weiteren Beratungen innerhalb der Fraktionen oder auch anderen Initiativen wie z. B. Stadtelternrat zur Verfügung. Zum gleichen Zeitpunkt würden diese Vorschläge auch an den Förderverein gegeben werden. Abschließend betont er, da der informelle Austausch zwischen Verwaltung und Förderverein stimme, sei er guten Mutes, auch in dieser Zeitleiste Entscheidungen herbeiführen zu können.

Herr Buischer fragt an, ob die Fraktionen der Verwaltung letztendlich Einzelheiten wie z. B. die Einrichtung einer Sekundarstufe II vorgeben würden. Auch sei seines Erachtens eine IGS mit Außenstellen nicht glücklich, da es den Sinn und Zweck dieser Schule nicht erfülle. Wenn die Mehrheit des Rates dem nicht zustimmen würde, könne die Verwaltung sich die Arbeit sparen.

Herr Sprengelmeyer erklärt, darüber habe man noch nicht mit den Fraktionen gesprochen. Seiner Meinung nach sei es gut, dass man aus der fachlichen Verwaltungssicht heraus diese Vorschläge unterbreite, die verschiedene Varianten berücksichtige und aufzeige, welche Auswirkungen das im baulichen und inhaltlichen Bereich habe. Dieses sei eine gute Voraussetzung für die Diskussionen in den Fraktionen.

Herr Bolinius stellt fest, dass für den 12.03.2009 ebenfalls eine Schulausschuss-Sitzung geplant sein. Die Ratssitzung würde am 19.03.2009 stattfinden. Er fragt an, ob es bei diesen Terminen bleiben werde. Weiter bemerkt er, seine Fraktion würde zunächst einmal die Vorschläge der Verwaltung abwarten, um dann richtig in die Diskussion eintreten zu können.

Herr Mecklenburg bittet darum, diese Zeitleiste kurzfristig den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Herr Buß erklärt, er werde die Zeitleiste kurzfristig im Internet zur Verfügung stellen.

Herr Sprengelmeyer führt abschließend aus, bereits ab Sommer 2009 werde es erste Auswirkungen in der Schulstruktur geben, da die Schule Wybelsum eine Ganztagschule werde.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Schulausschusses

TOP 11 Ergebnisse der Schulinspektionen in den Berufsbildenden Schulen I und in den Berufsbildenden Schulen II in Emden
Vorlage: 15/0996

Herr Buß erklärt, der Ausschuss habe darum gebeten, über die Ergebnisse der Schulinspektionen informiert zu werden. Aus diesem Grunde habe er die Leiter der beiden Berufsbildenden Schulen gebeten, die Ergebnisse der Schulinspektion in ihren Einrichtungen vorzustellen.

Herr Boomgaarden erläutert die Ergebnisse der Schulinspektionen in den Berufsbildenden Schulen I.

Herr Bornemann bedankt sich und erklärt, zu diesem Erfolg könne er nur gratulieren. Seine Fraktion interessiere sich für den inhaltlichen Betrieb der Schulen und habe deshalb darum gebeten, die Ergebnisse der Schulinspektionen im Ausschuss vorzustellen.

Herr Boese erläutert die Ergebnisse der Schulinspektionen in den Berufsbildenden Schulen II.

Herr Renken bedankt sich für den Bericht, in dem die Stärken überwiegen würden. Insofern sei genau bekannt, was zu tun sei. Es sei ihm aus dem Bericht vom GAT bekannt, dass auch der Schulträger genannt werde, da das räumliche Umfeld und die Ausstattung der Schulen insgesamt zum Lernerfolg und zum Erfolg der Schule beitrage. Für ihn sei es interessant, ob genau diese Dinge auch in den Berichten zu den Berufsbildenden Schulen aufgeführt worden seien. Nur so könne ein möglicher Handlungsbedarf bei den Schulbudgets festgestellt werden.

Herr Boomgaarden entgegnet, es seien in dem Bericht Aussagen zum Schulträger gemacht worden. Auch sei Herr Buß bei der gesamten Veranstaltung anwesend gewesen. Die BBS I befinde sich innen in einem baulich guten Zustand, der sehr gepflegt sei. Auch die technische Ausstattung sei gelobt worden. Über die äußere Hülle des Gebäudes habe die Inspektion sich nicht geäußert.

Herr Buß ergänzt, es gäbe einen Abschnitt zu den Gebäuden, der Raumsituation und der Ausstattung der Schulen. In allen bisher erhaltenen Berichten gäbe es immer eine kleine Schattenseite, aber insgesamt würden die Schulgebäude der Stadt Emden in allen Inspektionen eigentlich mit gut beurteilt hinsichtlich der Raumsituation und der Ausstattung. Er sagt zu, die entsprechenden Seiten der Berichte dem Protokoll beizufügen.

Herr Boese kann dem nur zustimmen. Auch im Bereich der BBS II gäbe es bezüglich der Gebäude eine positive Aussage. Kleine Mängel wie das Flachdachproblem seien natürlich erkannt worden. Jedoch sei die Raumausstattung und das Raumangebot insgesamt positiv beurteilt worden.

Frau E. Meyer bedankt sich für die Ausführungen und für das Engagement der Schulleiter.

Ergebnis: Kenntnis genommen

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Schulausschusses

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 12 Spielgeräte Grundschule Wolthusen;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 07.11.2008
Vorlage: 15/0993

Herr Bornemann erklärt, seine Fraktion halte es für sehr wichtig, dass Spielgeräte auf Schulhöfen auch funktionsfähig seien, da sie für die Kinder ein wichtiger Ausgleich seien. Zwar wolle er den Haushaltsdingen in der Ratssitzung nicht vorgreifen, aber möglicherweise sei hier eine Lösung erarbeitet worden.

Herr Buß führt aus, mittlerweile werde dieses Thema in der Schule intensiv mit allen beteiligten Gruppen diskutiert. Die Schule habe im Januar auch eine Zukunftswerkstatt durchgeführt, in der die Schüler ihre Ideen anhand von Modellen dargestellt hätten. Der Schule ist natürlich auch klar, dass man hier nicht ein ganzes Konzept zur Umgestaltung der Außenanlagen des Schulhofes durchführen könne. Dennoch möchte die Schule diese entwickelten Ideen aufgreifen. In einem Gespräch sei der Verwaltung auch mitgeteilt worden, dass sich mittlerweile ein Förderverein gebildet habe, der sich dieser Thematik annehmen werde. Auch würden weitere Sponsoren gesucht. Sicherlich sei dieses ein erster Schritt und der Ersatz der nicht mehr verkehrssicheren Spielgeräte habe absolute Priorität. Sobald die Verwaltung in weitere Diskussionen mit der Schule eintrete, werde er wieder im Ausschuss berichten.

Herr Sprengelmeyer betont, das Engagement der Schule, der Schulleitung, der Schulkräfte und auch einiger Eltern sei beachtlich. Doch er finde es äußerst kritisch, so einen Prozess zu starten, ohne zu wissen, worauf man sich einlasse. Gerade in Zusammenarbeit mit Kindern und Jugendlichen sei es wichtig, einen klaren Rahmen zu haben. Mit allein 10.000 € lasse sich ein Spielplatz oder ein Schulhof nicht sanieren. Hier sei man sehr schnell bei einem hohen fünfstelligen Betrag. Vor diesem Hintergrund bitte er die Schulen oder auch andere Einrichtungen darum, bei einem derartigen Vorhaben zunächst mit dem Fachbereich Kontakt aufzunehmen, um dann gemeinsam den Rahmen zu definieren. Es gehe hier nicht nur um einen finanziellen, sondern auch um einen strukturellen und einen rechtlichen Rahmen, denn der Schulhof stehe nachmittags auch als Spielplatz zur Verfügung.

Herr Lorenz erinnert daran, dass Herr Buischer in der letzten Sitzung den geringen Haushaltsansatz für den Posten ‚Spielgeräte für Schulhöfe‘ moniert habe und es für sinnvoller halte, den Ansatz zu erhöhen, um bei einem Handlungsbedarf schneller reagieren zu können. Das könne er voll unterstützen, denn bei defekten Spielgeräten auf den Schulhöfen müsse die Schule eine schnelle Unterstützung von der Stadt Emden erwarten können.

Herr Bornemann stimmt Herrn Sprengelmeyer zu, dass man keine Enttäuschungen bei Kindern und Jugendlichen herbeiführen dürfe. Sein Antrag gehe zunächst dahin, einen Sachstand zu bekommen, was geschehe, wenn Spielgeräte defekt seien und nicht ersetzt würden. Nur so könne man hier grundsätzlich Abhilfe schaffen.

Herr Buischer stellt fest, dieses Problem habe er bereits in der letzten Sitzung angesprochen. Wenn der Haushaltsansatz zu gering sei, würden Diskussionen in den Schulen entstehen. Auch könne es nicht sein, dass erst lange über die Ersatzbeschaffung von Spielgeräten diskutiert werde, da in Grundschulen Spielgeräte einfach notwendig seien. Er fragt an, ob im Haushalt der Ansatz insoweit erhöht worden sei, dass die Verwaltung zukünftig schneller reagieren könne.

Herr Renken bemerkt, seiner Meinung nach habe man sich gemeinsam darauf verständigt, dass dort Handlungsbedarf bestehe und für dieses konkrete Projekt ein Ansatz von 10.000 € im

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Schulausschusses

Haushalt eingestellt werde. Nach Aussage von Herrn Sprengelmeyer seien aber wesentlich mehr Mittel erforderlich.

Er stellt sich die Frage, aus welchem Grund sich die Schulleitung und auch die Elternvertreter an die Fraktionen gewandt hätten. Die Spielgeräte seien aus Sicherheitsgründen entfernt worden, parallel sei aber dazu keine Aussage getroffen worden, wie es weitergehe. Offenbar sei dieses der Punkt gewesen, den man natürlich nicht der Schulleitung und den Eltern vorwerfen könne. Seiner Meinung nach habe das Verwaltungshandeln offensichtlich nicht dazu beigetragen, die Sache an der Schule in bestimmte Bahnen zu entwickeln.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, hier müsse man tatsächlich zwei Dinge unterscheiden. Im Grunde genommen habe Herr Buisker es auf den Punkt gebracht. Zum einen gehe es darum, wie schnell Ersatz für defekte Spielgeräte auf Schulhöfen beschafft werden könne. Zum anderen stelle sich die Frage, wie gehe man damit um, wenn eine Grundsanierung geschehen solle. In diesem Fall treffe nun beides zu. Aus Sicherheitsgründen habe man Spielgeräte entfernen und Ersatzbeschaffungen machen müssen. Die Schule habe seines Erachtens zu Recht gesagt, man wolle die Situation überplanen. Die Verwaltung habe die Schule gebeten, zunächst mit ihr zu sprechen. Dass dieses nicht passiert sei, werde von ihm ausdrücklich kritisiert. Ihm sei durchaus bekannt, was eine gute Herstellung eines Schulhofes kosten könne. Er begrüße dieses ausdrücklich, doch sollte das gemeinsam nicht nur in finanzieller Richtung angegangen werden. Wenn Beteiligungsprozesse initiiert würden, wecke man Erwartungen, die nicht eingehalten werden könnten.

Herr Buisker erkundigt sich in diesem Zusammenhang, inwieweit das Konjunkturprogramm des Bundes im Haushalt eingesetzt worden sei.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, was den Bildungsbereich angehe, könne man sicherlich noch ein wenig nachlegen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 13 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Schulinspektion

Herr Buß berichtet, die nächste Schulinspektion in Emden werde in der Zeit vom 23. bis 26.03.2009 im JAG durchgeführt. Zeitnah werde auch die Realschule Emden inspiziert. Es stehe zurzeit jedoch noch kein konkreter Termin fest.

2. Einführung des Faches Sport als Abiturprüfungsfach

Herr Buß weist darauf hin, vor einiger Zeit sei im Schulausschuss über die Einführung des Faches Sport als Abiturprüfungsfach diskutiert worden. Die Verwaltung habe mit den Gymnasien gesprochen. Aufgrund der besseren Voraussetzungen am JAG sei ein entsprechender Antrag zusammen mit der Schule bei der Landesschulbehörde gestellt worden. Nunmehr würde die Genehmigung vorliegen, sodass das Fach Sport als Abiturprüfungsfach auf erhöhtem Anforderungsniveau und als Schwerpunktfach zum kommenden Schuljahr am JAG angeboten werde.

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Schulausschusses

3. Stellenausschreibung

Herr Buß bemerkt, die Stelle der Schulleitung an der Osterburgschule sei zum zweiten Mal auch mit der Anforderung Realschulrektor/-in ausgeschrieben worden. Die Bewerbungsfrist laufe demnächst aus. Ob und wie viele Bewerbungen vorliegen würden, sei ihm jedoch noch nicht bekannt.

4. Lernmittelzuschuss

Herr Buß erklärt, bereits in der vorigen Sitzung des Schulausschusses habe er über den Lernmittelzuschuss berichtet. Im letzten Jahr seien insgesamt 1.207 Anträge gestellt und eine Summe von insgesamt 55.913 € verausgabt worden. Wie bekannt sein dürfte, gäbe es mittlerweile eine Neuregelung des Bundes im Familienleistungsgesetz, nachdem Kinder und Jugendliche aus Familien, die unter den Leistungsbezug SGB II und SGB XII fallen, bis zum Abschluss des 10. Schuljahres mit 100 € pro Kind unterstützt würden. Diese Regelung betreffe jedoch nicht alle Familien, die unter die Emden-Regelung gefallen seien. Mittlerweile liege auch eine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, die noch schriftlich beantwortet werde. Weiter führt Herr Buß aus, für die Kinder der Klassen 11 bis 13 und auch für die Personengruppen, die unter das Asylbewerberleistungsgesetz sowie das Wohngeldgesetz fallen würden, sei der Lernmittelzuschuss gewährt worden. Von den 1.207 Antragstellern würden 995 auf die Bezüge SGB II und SGB XII entfallen. Davon wiederum ca. 900 auf die Schuljahrgänge 1 bis 10. Somit würden ausgehend von der Zahl der Antragsteller des letzten Jahres ca. 300 keinen Zuschuss aus dem zukünftigen Bundesprogramm erhalten. Rechtzeitig zu Beginn des neuen Schuljahres werde die Verwaltung dem Ausschuss einen Entscheidungsvorschlag hinsichtlich der Problemsituation vorlegen.

5. Schülerbeförderung

Herr Buß erklärt bezüglich der Schülerbeförderung zum GAT, inzwischen habe man sich verschiedene Male mit den Beteiligten zusammengesetzt und eine Lösung gefunden. Es sei zunächst für ein halbes Jahr die Linienführung im Bereich von Petkum zum GAT geändert worden. Nunmehr seien zwei Verstärkerbusse eingesetzt worden, die nicht mehr den Umweg über den Hauptbahnhof nehmen würden. Da ihm bislang keine Klagen zugetragen worden seien, gehe er davon aus, dass dieses gut funktioniere.

TOP 14 Anfragen

1. Förderschule

Herr Bornemann erkundigt sich, ob hinsichtlich der Förderschule mittlerweile Neuentwicklungen vorliegen würden.

Herr Buß antwortet, in der letzten Schulausschuss-Sitzung sei die Situation detailliert dargestellt worden. Man habe versucht, durch Belüften des Bodens und Entlüften der Räume die Schadstoffe aus den Räumen herauszubekommen. Dazu seien auch parallel Raumluftmessungen durchgeführt worden. Dennoch hätten sich die Werte im Grunde genommen nicht verändert. Daher habe man dieses Verfahren jetzt ausgesetzt und müsse nunmehr leider zunächst einmal den juristischen Weg beschreiten.

Frau Meinen fragt an, ob die seinerzeit angeschafften Geräte sich noch in Räumen befinden würden. Sie befürchte, dass diese auch von der schlechten Raumluft angegriffen werden könnten.

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Schulausschusses

Herr Buß führt aus, die Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände würden noch in den Räumen stehen, sofern sie nicht im sonstigen Schulkörper eingesetzt werden können. Da die Raumsituation in der Förderschule sehr beengt sei, fehle einfach der Platz. Bei den Einrichtungsgegenständen handele es sich jedoch um kein weiches Material, welches die Schadstoffe aufnehmen würde.

2. Essensversorgung in den Kindertagesstätten und Schulen

Herr Renken erinnert daran, dass Ende 2007 die Essensversorgung in den Kindertagesstätten und Schulen Thema im Jugendhilfeausschuss gewesen sei. Dazu habe es die Aussage seitens der Verwaltung gegeben, dass es das Ziel sei, im ersten Halbjahr 2008 erste Ergebnisse vorlegen zu können, wie ein durchgängiges und sinnvolles Essenskonzept für alle aussehen könne. Er bitte um einen Sachstandsbericht.

Herr Sprengelmeyer erklärt, nicht nur im Schulbereich seien viele Dinge in Bewegung. Im Vorwort der Fachbereichsleitung zum Budget 2009 sei erwähnt worden, dass es eine Selbstverpflichtung gäbe, innerhalb des ersten Halbjahres ein Konzept der Umstrukturierung und der inhaltlichen Neuorientierung aufzulegen. Darüber werde er in den nächsten Sitzungen sowohl des Schulausschusses und als auch des Jugendhilfeausschusses berichten. Außerdem sehe er die Notwendigkeit, hier das Ganze noch einmal politisch öffentlich zu dokumentieren.

Weiter führt Herr Sprengelmeyer aus, zur Versorgung insgesamt, mit externer Unterstützung werde hier zurzeit ein Konzept erarbeitet. Ein Zwischenbericht dazu werde ebenfalls in beiden Ausschuss-Sitzungen vorgestellt.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.